



X öffentlich    nicht öffentlich

Düsseldorf, 29.01.2026

**Ratsfraktion – FDP**

Oberbürgermeister Dr. Keller  
Vorsitzender des Rates

**Antrag der FDP-Ratsfraktion  
zur Sitzung des Rates am 11.02.2026**

**Betrifft:**

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Alternativstandort für das geplante Drogenhilfezentrum Eisenstraße prüfen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen unserer Fraktion bitten wir Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 11. Februar 2026 zu setzen und abstimmen zu lassen.

**Antrag:**

die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es einen alternativen Standort für das geplante Drogenhilfezentrum an der Eisenstraße gibt, der nicht in direkter Nachbarschaft zu einer Kindertagesstätte oder einer Schule liegt.

Ziel der Prüfung ist es, eine sachliche Abwägung zwischen wirksamer Drogenhilfe, öffentlicher Sicherheit, Akzeptanz im Quartier sowie dem besonderen Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen vorzunehmen.

Gesucht wird ein Standort in unmittelbarer Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofs. Im Rahmen der Prüfung können unter anderem folgende Alternativstandorte beispielhaft betrachtet werden:

- Eine temporäre und modulare Containerlösung auf dem Gelände des geplanten Neuen Technischen Rathauses (Moskauer Straße), analog zur Niederschweligen Unterbringungs- und Beratungsstelle (NUB) im letzten Jahr
- Flächen auf dem Grundstück oder im Umfeld des Gesundheitsamtes (Kölner Straße)
- Standorte in unmittelbarer Nähe bereits bestehender Drogenhilfeangebote, um vorhandene Strukturen, Expertisen und Sozialräume sinnvoll zu bündeln

**Begründung:**

Eine funktionierende und erreichbare Drogenhilfe ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer verantwortungsvollen und humanen Stadtpolitik. Gleichzeitig tragen Stadt und Politik eine besondere Verantwortung gegenüber Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sowie gegenüber sensiblen sozialen Infrastrukturen wie Kitas und Schulen. Gerade in dicht besiedelten innerstädtischen Lagen ist es daher sinnvoll, Standortentscheidungen transparent zu prüfen, Alternativen offen darzustellen und mögliche Konfliktlagen frühzeitig zu minimieren.

Düsseldorf, den 29. Januar 2026

**Mirko Rohloff, Dr. Christine Rachner und Fraktion**